



KM-Magazin für das Fördergebiet Karl-Marx-Allee, II. Bauabschnitt

Ausgabe 03/2020

Erscheint viermal im Jahr kostenlos.

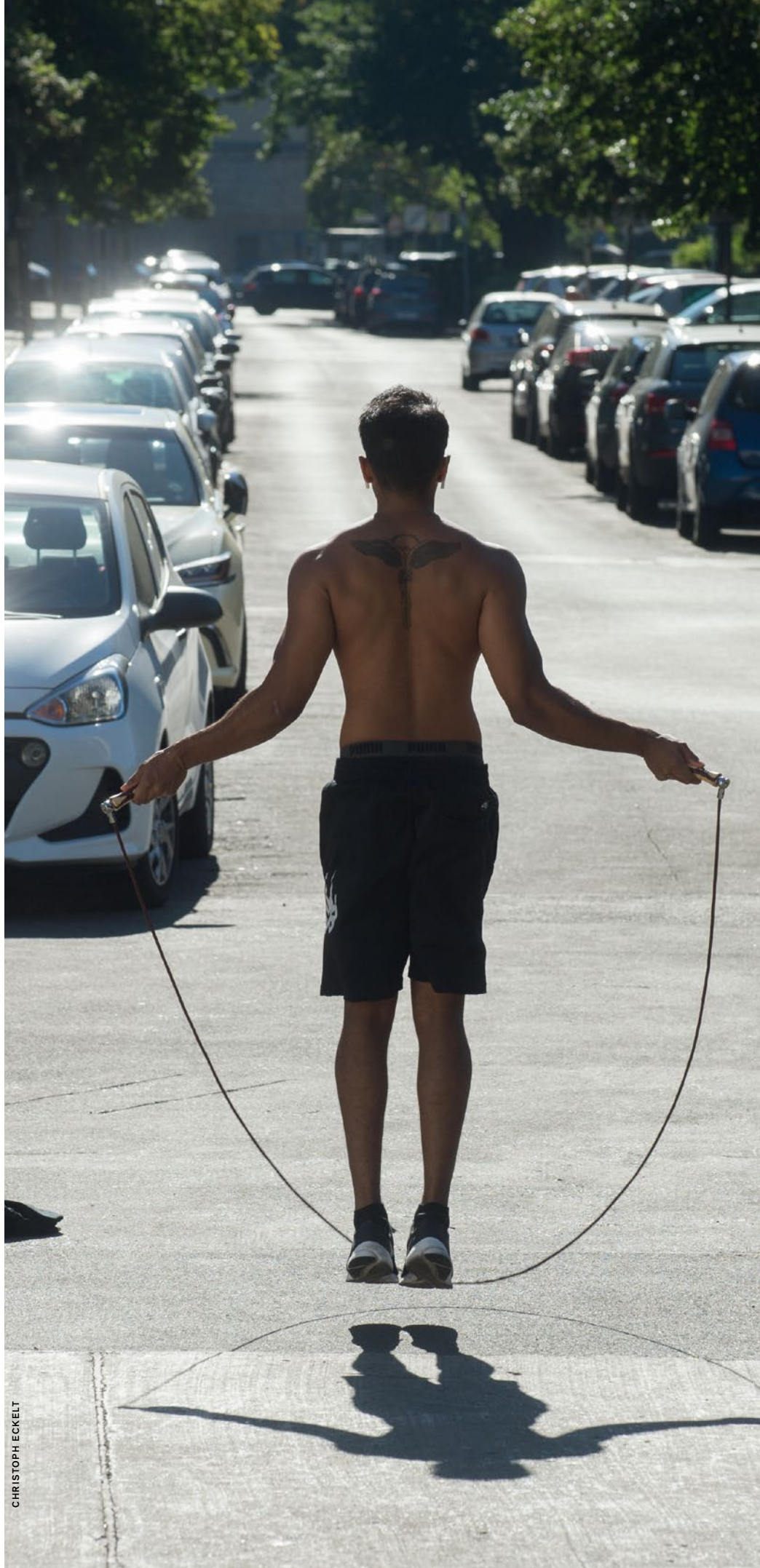
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt, Fachbereich
Stadtplanung

Die kurze Leichtigkeit

Groß war die Sehnsucht nach der Leichtigkeit des Sommers, in diesem Jahr mehr als sonst. Wegen des spät einsetzenden Frühlings, vor allem aber wegen des Lockdowns, der zwar weit weniger streng und lang ausfiel als etwa in Spanien oder Italien, aber dennoch zur Belastung für viele wurde: für Familien mit Kindern, für Alte, für Pflegekräfte, Krankenhaus- Verkaufspersonal, für jene Selbständigen und Kulturschaffenden, die um ihre Existenzen fürchten mussten. Umso größer war das Aufatmen, auch wenn es keine Entwarnung gab. Aber immerhin erlaubte das Draußensein an der frischen Luft doch etwas mehr Freiheiten – auch solche, die bis dahin eher unüblich waren. Sogar Arbeitsmeetings wurden hier und da ins Freie verlagert.

Doch das Virus ist noch da, und bereits jetzt hat es das Leben in den Städten deutlich verändert: mehr Homeoffice (aber nur für die, deren Tätigkeiten das erlauben), mehr Online-Handel, deutlich weniger Touristen, Verlagerung der Kommunikation ins Digitale, die steigende Nachfrage nach Häusern mit Garten am Stadtrand oder im Umland und nach Schrebergärten. Und längst ist der Griff zur Maske beim Betreten eines Geschäfts oder der U-Bahn zur Gewohnheit geworden. Nun richten wir uns wieder auf die kühleren Tage ein. Es wird eine lange Zeit bis zum nächsten Sommer. Das Tröstliche ist: er kommt. Garantiert.

us



CHRISTOPH ECKELT



BILDREPUBLIC

Wo finden Sie das »KM-Magazin«?

Da es nicht allzu viele öffentliche Auslegeorte im Gebiet gibt, haben wir uns entschieden, einen Großteil der Auflage über die Hausbriefkästen an die Haushalte zu verteilen.

Da dies allerdings nicht flächendeckend möglich sein wird, wird das Magazin zusätzlich an wichtigen öffentlichen Orten im Gebiet ausgelegt. Haben Sie Vorschläge, wo das KM-Magazin noch ausgelegt werden sollte oder könnte? Bitte schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an: Ulrike Steglich, Tel. 283 31 27, Mail: km-magazin@gmx.net

Auslegeorte sind u.a.:

- Bürgeramt im Rathaus Mitte
- KMA II-Treff im ehem. Ambulatorium, Schillingstr. 12, EG / demnächst ehem. Bibliothek im Kino International
- »Kino International«, Karl-Marx-Allee
- Mietertreff der Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität, Schillingstr. 30

»Liebe Redaktion, vielen Dank für Ihre Arbeit, ich freue mich immer auf die neue Ausgabe! Ich hoffe, dass wir bis zur nächsten Ausgabe mit anderen Gefühlen als den heutigen auf das Foto schauen können«, schrieb uns Christina Tepper Anfang April zu ihrer Aufnahme. Wir bedanken uns für die freundlichen Worte und das zugesandte Bild – und gratulieren damit auch zu Ihrem Preis, der Ihnen per Post zugesandt wird!

Unser kleiner Leserfoto-Wettbewerb geht weiter: Ob historische Dokumente oder jüngere Aufnahmen aus dem Gebiet, von ungewöhnlichen, schönen, komischen oder beeindruckenden Momenten – senden Sie uns Ihr Foto, das Sie besonders gelungen finden! In jeder Ausgabe wird die Redaktion dann ein Foto küren, veröffentlichten und mit einem Preis honorieren. Aus praktischen Gründen bitten wir Sie, uns keine Unikate bzw. Originale zu schicken, auf die Sie nicht verzichten möchten. Willkommen sind digitalisierte Bilder (im JPG-Format), die Sie per Mail an folgende Adresse schicken können: km-magazin@gmx.net oder auch Abzüge per Post an: Ulrike Steglich, c/o KM-Magazin, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin.

Die Redaktion

- Apotheke im »Haus der Gesundheit«
- Friseursalon »Haarschneider Berlin«, Schillingstraße 2
- Café »Lotos«, Neue Blumenstraße 5
- Arztpraxis Dr. Ulrike Scheybal, Singerstr. 113
- Friseur Weydemeyerstr. 1
- »Kantine«, Magazinstr. 15–16
- »Der kleine Buchladen«, Weydingerstraße 14 (im Karl-Liebknecht-Haus)

Bitte beachten Sie die coronabedingten Einschränkungen oder besonderen Öffnungszeiten mancher Einrichtungen. der Sie nutzen unseren Online-Service: Eine kurze Mail an km-magazin@gmx.net reicht, und wir nehmen Sie in den Verteiler auf und schicken Ihnen die Zeitschrift als PDF zu.

KM-Magazin im Internet

Alle Ausgaben des KM-Magazins sind auch im Internet archiviert und abrufbar unter www.kma-mitte.de

In dieser Ausgabe

Die Erneuerung der Karl-Marx-Allee ist (fast) abgeschlossen	3
Mietendeckel – eine historische Betrachtung	4/5
Spielplatzerneuerungen im Gebiet	6
Charlotte-Pfeffer-Schule	7
Ausstellung zur Planung der neuen Pavillons an der Karl-Marx-Allee	8/9
Akteure im Gebiet: Die Solidarität eG	10
100 Jahre Groß-Berlin	11
Kommentar zum Rücktritt von Katrin Lompscher	12
Erinnerungskultur: Topographie verschwundener Orte	13
Neue Berlin-Bücher	14
Adressen	15
Kolumne: Höfe und Möbel	16

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »KM-Magazin« c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel.: (030) 283 31 27, Mail: km-magazin@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt (eckelt@bildmitte.de)

Entwurf und Gestaltung: Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com

Druck: Ruksaldruck GmbH & co. KG

V.i.S.d.P: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9. September 2020



CHRISTOPH ECKELT

Flaniermeile sucht Flaneure

Die Rundumerneuerung der Karl-Marx-Allee ist (fast) abgeschlossen

Die Bauarbeiten sind zwar noch im Gange – aber im Wesentlichen nur auf dem Mittelstreifen: Der Umbau der Karl-Marx-Allee hat im gesetzten Zeitrahmen den dritten Bauabschnitt erreicht.

Dabei tritt die Struktur des Straßenraums deutlich hervor: Zwar dominierte auch schon vor dem Umbau rein quantitativ der breite Fußgängerbereich samt Grünflächen an den Rändern des Boulevards. Jetzt aber zeigt er zusätzlich durch eine klare und einheitliche Gestaltung, dass das eigentliche Wesen der Karl-Marx-Allee zwischen Alex und Strausberger Platz das einer Flaniermeile ist. Der motorisierte Verkehr lässt sich hier sehr einfach in den Hintergrund der Wahrnehmung drängen, wo er – ähnlich wie Wellen am Strand – durch die ständige Bewegung eine gewisse Lebendigkeit vermittelt. Der Stadt- raum aber gehört hier eindeutig dem Fußgänger.

Spaziergängerinnen und -gänger machen sich freilich bislang noch rar. Denn das Flanieren hat sich, seitdem die Planungen für die KMA II Ende der 50er Jahre entwickelt wurden, deutlich verändert. Der bürgerliche Stadtpaziergang hat sich auf der einen Seite automobilisiert – zum Sonntagsausflug bewegt man sich gern per Auto »ins Grüne«. Auf der anderen Seite ist er zum »Shopping« mutiert und hat sich in die entsprechenden Center ver-

lagert. In letzter Zeit erlebt er zwar über den boomenden Stadttourismus wieder eine gewisse Renaissance, allerdings nicht im laufenden Jahr und schon gar nicht an der Karl-Marx-Allee. Dort sieht man kaum Paare oder Familien miteinander die Straße entlangbummeln. Und das liegt vor allem an mangelnden Verweilpunkten. Schon früher war der Bereich zwischen Alex und Schillingstraße eher eine langweilige »Durststrecke« für Fußgänger, denn die einst dort geplanten Pavillons wurden nie gebaut.

Damit die Karl-Marx-Allee als Flaniermeile von einem breiteren Publikum (wieder) entdeckt werden kann, wären also gewisse Voraussetzungen zu erfüllen. So konnte man Ende August auf der gesamten Strecke im Bezirk Mitte keinen einzigen gastronomisch bewirteten Sitzplatz entdecken (der Italiener am Strausberger Platz ist ja schon Friedrichshain und die Shisha-Bar neben dem Kino International liegt an der Berolinastraße und ist auch für viele Anwohner kein wirklicher Anziehungspunkt). Es mangelt zwar nicht an öffentlichen Sitzbänken (schlicht, elegant und doch robust), die man sowohl in der Sonne als auch im Schatten reichlich vorfindet, wohl aber an gastronomischen Angeboten – spätestens, seit auch das Cafe Moskau kein öffentlicher Anziehungspunkt mehr ist und erst die berühmte Mokka-Milch-Eisbar, dann auch »Eis-Hennig« und das Café Albert's verschwun-

den. Noch nicht einmal ein Eisstand verlockt dazu, hinterm Haus des Lehrers auch mal Richtung Osten zu bummeln. Vor allem zwischen Alexanderplatz und U-Bahnhof Schillingstraße fehlen die ursprünglich vorgesehenen Pavillons schmerzlich. Zum Glück soll dieses Manko in den kommenden Jahren behoben werden und hoffentlich auch kulturelle Nutzungen wieder einziehen (siehe auch Seiten 8/9).

Zeitgenössische Flaneurinnen und Flaneure sind aber auch oft mit dem Fahrrad unterwegs. An der Karl-Marx-Allee steht ihnen künftig ein ungemein breiter Fahrstreifen zur Verfügung – jedenfalls meistens und überwiegend. Denn dort, wo in der ursprünglichen Planung Vorstreckungen am Fahrbahnrand den hier eigentlich geplanten Parkstreifen unterbrechen, verengt sich der Radstreifen um etwa die Hälfte. Damit man mit dem Rad nicht an den Bordstein knallt und auf die Gehwegvorstreckung fällt, sind diese Engstellen durch rot-weiße Baken gesichert. Unschön ist die Situation vorerst noch am U-Bahnhof Schillingstraße: Weil hier der Nachtbus am Fahrbahnrand hält, ist derzeit ein vergleichsweise schmaler Radstreifen auf den Bürgersteig gepinselt.

Als die Planungen für den Umbau der Karl-Marx-Allee schon abgestimmt und abgeschlossen waren und die Ausschreibung für die Bauarbeiten unterwegs, wurden zwar die neuen verkehrstechnischen Grundprinzipien für neue Radwege geändert. Doch leider mangelte es dann offenbar an der Zeit, dafür auch gestalterische Lösungen zu finden, die dem einzigartigen Charakter der Allee gerecht werden.

Nach Abschluss des dritten Bauabschnittes auf dem Mittelstreifen der Allee soll zudem wieder ein KfZ-Parkstreifen eingerichtet werden – aber nicht in den baulich gefassten Parkbuchten am Fahrbahnrand, sondern linkerhand des Radstreifens auf den jetzigen rechten Fahrspuren. Dafür werden die Spuren entlang des Mittelstreifens wieder für den Verkehr freigegeben. Das wirft die Frage auf, wie der ursprünglich geplante Parkstreifen künftig wohl genutzt wird. Er würde sich z.B. ideal als Pausenparkplatz für den »Berlin on Bike«-Tourismus eignen, als Halteplatz für Rikschas oder als Sammelstelle für Leihräder, E-Tretroller und andere Elektrokleinfahrzeuge, die uns die Zukunft noch bescheren wird. Vielleicht wird die Karl-Marx-Allee auf diese Weise ja zum Prototyp einer neuen Flaniermeile, postautomobil, aber dennoch zum langsamen Entlangrollen?

cs

Mieterstadt dank Mietendeckel

In Berlin haben staatlich festgesetzte Mietobergrenzen Tradition



Berlin ist Mieterstadt wie kaum eine andere auf der Welt: Nur etwa jede sechste Wohnung wird bei uns von ihren Eigentümern bewohnt. Damit ist das Land Berlin Spitzenreiter: in Gesamtdeutschland ist fast die Hälfte der Wohnungen im Besitz ihrer Bewohner.

Deutschland hat wiederum in der Europäischen Union die niedrigste »Wohneigentumsquote«. Es gibt also kaum eine andere Metropole auf dieser Welt, in der Mietenpolitik eine ähnliche Rolle spielt wie bei uns. In den vergangenen 100 Jahren waren in Berlin staatlich verordnete Mietobergrenzen deshalb auch eher die Regel als die Ausnahme. Der »Mietendeckel«, der seit diesem Jahr für den größten Teil des Berliner Bestandes an Mietwohnungen gilt und der zuvor für heftige Debatten gesorgt hatte, ist für die Stadt also eigentlich nichts Besonderes.

Wohnungsbau trotz Mietendeckel

Gegen die staatliche Preisbindung für Wohnraum wird heftig polemisiert, zum Teil mit falschen Behauptungen. So heißt es beispielsweise immer wieder, die staatliche Mietpreisbindung verhindere den so dringend erforderlichen Wohnungsbau in der Hauptstadt, weil sie private Investoren abschrecke. Dabei gilt der Mietendeckel ausdrücklich nur für Wohnungen, die bereits vor dem Jahr 2014 bezugsfertig waren: Neubauten aus späteren Jahren werden von ihm gar nicht erfasst. Wer heute in Berlin ein Mietshaus bauen will, wird also vom Mietendeckel in keiner Weise eingeschränkt.

Zudem ist knapp zwei Drittel des Berliner Wohnungsbestandes in Zeiten entstanden, zu denen die Mieten staatlicherseits gedeckelt waren, also in den Jahren zwischen 1922 und 1988. Etwa 665.000 Wohnungen in der Stadt entstanden zum Beispiel in der Nachkriegszeit zwischen 1949 und 1978, als sowohl im West- als auch im Ostteil Berlins Mietbegrenzungen galten. Nach der Freigabe der Mieten und der Wiedervereinigung wurden in einem annähernd gleich langen Zeitraum nur etwa 205.000 neue Wohnungen gebaut (zwischen 1991 und dem Mikrozensus 2018). Die Behauptung, dass deregulierte Märkte mit »unsichtbarer Hand« quasi automatisch Wohnungen schaffen, ist also eine neoliberale Legende.

»Reichsmietengesetz«: Mietpreisbindung für ganz Deutschland

Eine staatlich verordnete Mietpreisbindung galt in der Weimarer Republik seit 1922, als das »Reichsmietengesetz« in Kraft trat. Darin wurden die Wohnungsmieten de facto auf den Stand der Vorkriegsmiete von 1914 eingefroren, sie durften damals nur um Zuschläge erhöht werden, die von den Landesbehörden per Verordnung festgesetzt wurden. Die maximale Miethöhe der allermeisten Wohnungen war also nicht mehr vom Kräftespiel des freien Marktes abhängig, sondern das Ergebnis von politischen Aushandlungen auf Landesebene. Das Reichsmietengesetz wurde im Verlauf der Weimarer Republik eher noch verschärft: Angesichts der Weltwirtschaftskrise wurde z.B. im Jahr 1931 die gesetzlich zulässige Miete per Notverordnung gesenkt. Und auch die Nazis dachten gar nicht daran, die Mietpreisbildung wieder den Kräften des Marktes zu überlassen. Sie verhängtem im Jahr 1936 sogar einen allgemeinen Mietpreisstopp, obwohl in dieser Zeit die Weltwirtschaftskrise längst überwunden war.

Das Reichsmietengesetz war eine Reaktion auf die Wohnungsnot, die sich nach dem ersten Weltkrieg in ganz Deutschland ausgebreitet hatte. Der Wohnungsneubau war im Krieg faktisch eingestellt worden. Nach dessen Ende strömten Millionen Soldaten zurück in ihre Heimatorte, hinzu kamen Flüchtlinge: Kurz nach Kriegsende ging man von einem Fehlbestand von reichsweit rund einer Million Wohnungen aus. In Berlin verschärften sich die Konflikte vor allem in den nördlichen, proletarisch geprägten Stadtgebieten: hier gründeten sich etliche »Mieterräte«, die zu Mietstreiks und zum Widerstand gegen Zwangsräumungen aufforderten. Diese Mieterräte polemisierten auch gegen das geplante Reichsmietengesetz, das ihnen nicht weit genug ging: Auf einer Großkundgebung im Lustgarten im Februar 1921 riefen sie zum Mieterstreik gegen das Gesetzesvorhaben auf, der allerdings nach nur einem Monat weitgehend in sich zusammenbrach.

Nach dem Krieg: Mietendeckel unumstritten

Das Reichsmietengesetz erwies sich trotz turbulenter Zeiten als sehr stabil und überstand, wie gesagt, auch den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg. Auch in der Nachkriegszeit blieben in ganz Deutschland die Regulierungen in Kraft. Angesichts der Wohnungsnot in den zerbombten Städten und der vielen Millionen Flüchtlinge stand unmittelbar nach dem Krieg bei keiner

politischen Partei eine Reform dieses Gesetzes auf der Tagesordnung. In der Zeit der Beratungen der verfassungsgebenden Versammlung der Bundesrepublik Deutschland, dem Parlamentarischen Rat in den Jahren 1948 und 1949, war die staatliche Mietpreisbindung also ein nahezu selbstverständlicher Teil der Konstitution Deutschlands. Deshalb dürfte es auch nicht so einfach sein, dem Berliner Mietendeckel grundlegende Verstöße gegen die Landesverfassung Berlins oder das Grundgesetz der Bundesrepublik nachzuweisen. In den 1950er Jahren galten staatlich regulierte Mieten also auch in Westdeutschland. Erst in den 1960er Jahren sollte sich das ändern: Im Jahr 1960 brachte das Kabinett unter Konrad Adenauer das »Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht« in den Bundestag ein. Darin wurden die Mieten für bis dahin preisgebundenen Wohnraum ab dem 1. Januar 1966 grundsätzlich freigegeben.



»Schwarzer Kreis« im Westteil bis 1988

Tatsächlich verzögerte sich dies aber oft – in manchen Städten bis in die Mitte der 1970er Jahre und im Westteil Berlins sogar bis zum Jahr 1988. Solange galt hier der »Schwarze Kreis«, in dem die Mietobergrenzen für Altbauten aus der Zeit vor 1948 vom Senat regelmäßig neu ausgehandelt und festgesetzt wurden. Das war in der Bevölkerung sehr populär, auch bei sonst eher konservativen Wählerschichten: Im Wettlauf der Systeme wollte man sich in Westberlin lange Zeit offenbar keine Blöße geben, indem man stark steigende Mieten riskierte, wie sie nach der Freigabe etwa in München oder anderen westdeutschen Großstädten zu beobachten waren. Erst am Ende der 1980er Jahre traute sich der schwarz-gelbe Westberliner Senat diesen Schritt zu. Allerdings gab es starken Widerstand in der Bevölkerung, rund 500.000 Unterschriften wurden gegen den

»Weißen Kreis« gesammelt, wie die Übergangsregeln genannt wurden. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus im Januar 1989 ging für die damaligen Regierungsparteien jedenfalls krachend verloren – CDU und FDP büßten zusammen mehr als 13 % der Wählerstimmen ein. Die FDP flog aus dem Parlament, die rechtspopulistischen »Republikaner« zogen stattdessen ein. Der letzte Westberliner Senat unter Walter Momper war rot-grün.

Neoliberale Wende nach 1990

Nach der Wiedervereinigung der Stadt brachen dann aber auch in Berlin neoliberale Zeiten an: Staatlich regulierte Mieten standen jetzt für das System der DDR und ihre stark vernachlässigte Altbausubstanz. Und die rapiden Steigerungen der Mieten im gesamten Stadtgebiet konnten als unvermeidliche Begleiterscheinung einer »Normalisierung« der Verhältnisse Berlins abgetan werden. Dass es im Westteil gelungen war, mit Hilfe der »behutsamen Stadterneuerung« in relativ kurzer Zeit einen Großteil der Altbauten auch unter den Bedingungen einer staatlichen Mietpreisbindung zu sanieren, spielte in den wohnungspolitischen Debatten kaum eine Rolle. Erst in jüngerer Zeit fanden sich in der Mieterstadt wieder politische Mehrheiten für stärkere mietenpolitische Eingriffe wie den Mietendeckel. Dazu haben natürlich die stark gestiegenen Mieten beigetragen, die seit Mitte der 2010er Jahre bei dem Neuabschluss eines Mietvertrages zu entrichten sind. Aber auch die extremen Bodenwertsteigerungen in der Stadt haben dieser Renaissance der Mietpreisregulierung den Boden bereitet: Warum soll die Stadtpolitik auch tatenlos dabei zusehen, wie große Kapitalgesellschaften, internationale Fonds und ein kleiner Teil der Bevölkerung Jahr für Jahr immense Vermögensgewinne einstreichen, die letztlich von den Wählerinnen und Wählern über die Miete finanziert werden?

Mieterstadt als Standortvorteil

Dazu kommt: Der Aufschwung, den Berlins Wirtschaft seit etwa 2010 verzeichnete, war sehr eindeutig auf »weiche« Standortfaktoren wie bezahlbare Mieten zurückzuführen. Das macht die Stadt international attraktiv für junge, gut ausgebildete Erwachsene, die hier, anders als in Metropolen wie London, Paris, New York oder San Francisco, noch Wohnraum finden, der für Familiengründungen geeignet ist. Deshalb ist Berlin ja für jene Firmen so interessant, die diese jungen Erwachsenen brauchen, um innovative Produkte zu entwickeln. Eine Mieterstadt wie Berlin bietet Vorteile, die Städte, in denen Wohneigentum dominiert, nicht haben: Man braucht kein riesiges Eigen- oder Familienkapital, um neue Hausstände gründen zu können. Man ist flexibel und kann seine Wohnsituation seinen Lebensumständen schnell anpassen. Es macht keine großen Umstände, in Berlin mal ein paar Jahre zu arbeiten – aus denen in diesem Lebensabschnitt schnell auch größere Zeiträume werden. Und man findet als Berufseinsteiger schnell ein Umfeld von Menschen mit ähnlichen Lebensentwürfen. Das beschleunigt den Aufbau von Netzwerken, die wiederum oft die eigentliche Grundlage für Innovationen darstellen und die Stadt für Unternehmensgründer so attraktiv macht: Als Mieterstadt scheint Berlin für das 21. Jahrhundert also sehr gut gerüstet zu sein!

Auf historischem Gelände

Inklusiver Spielplatz nahe der Haltestelle Büschingstraße

Möglichst noch im Oktober sollen erste Entwürfe für die Neugestaltung des Spielplatzes Mollstraße 15–18 vorliegen. Die Zeit drängt: Denn im Oktober können die Planerinnen des beauftragten Büros noch die Planungen der Nachbarschaft direkt vor Ort im Freien präsentieren.

Später wird es nachmittags zu schnell dunkel und draußen wohl auch zu kalt und zu ungemütlich. Das Büro KoSP wird sich um eine Regenvariante kümmern. Am 27. September hatten erfreulich viele Anwohnerinnen und Anwohner Interesse an der Gestaltung des Spielplatzes gezeigt. Sie beteiligten sich rege an einem Workshop, der zusammen mit den Spezialistinnen für Kinder- und Jugendbeteiligung des Moabiter Ratschlag e.V. dort durchgeführt wurde. Dabei kamen etliche Anregungen zusammen, sowohl von Kindern als auch von Erwachsenen. Intensiv diskutierten in gesonderten Workshops auch zwei Gruppen der direkt benachbarten Charlotte-Pfeffer-Schule. Denn von der Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt können die Kinder durch ein Tor im Zaun direkt auf den Spielplatz kommen, auf einem Weg, der noch für Rollstühle tauglich gemacht werden muss.



Spielplatz Holzmarkt/Ifflandstraße

Noch bis etwa Mitte Oktober werden sich voraussichtlich die Vorarbeiten für die Erneuerung des Spielplatzes Holzmarktstraße/Ifflandstraße hinziehen. Dort werden seit Anfang August Abbruch- und Entsorgungsarbeiten durchgeführt. Der eigentliche Neubau soll im 2. Quartal 2021 beginnen. Die Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung fand bereits im August 2019 statt, auf der Website www.kma-mitte.de kann man sich den fertigen Plan unter „Materialien“ und „Projekte“ herunterladen.

Der Spielplatz soll ganz besonders »inklusiv« eingerichtet werden, also auch von Kindern mit teilweise schweren Beeinträchtigungen gut nutzbar sein. Die Workshops mit den Schülerinnen und Schülern haben deshalb eine Bedeutung auch über den konkreten Fall hinaus: Der Bericht des Moabiter Ratschlags, der Mitte September veröffentlicht werden soll, dürfte auch andere Spielplatzplaner interessieren.

Auch von der Geschichte des Standorts könnten sie sich anregen lassen. Der Spielbereich liegt nämlich ziemlich genau auf dem früheren Büschingplatz, an dem die Palisadenstraße mit der Landsberger Straße zusammentraf. Im 18. Jahrhundert befand sich hier das »Landsberger Thor« in der Stadtmauer von Berlin, in alten Landkarten ist an der Stelle des heutigen Spielplatzes das alte Wachhaus als Teil der Stadtmauer eingezeichnet. Später wurde diese weiter nach Norden verlagert, das Landsberger Tor befand sich Anfang des 19. Jahrhunderts auf dem heutigen Platz der Vereinten Nationen. An den alten Verlauf der Stadtmauer erinnert heute noch der Name der Friedrichshainer »Palisadenstraße«. Früher kreuzte diese die Landsberger Straße in etwa auf dem jetzigen Grünstreifen zwischen Spielplatz und Mollstraße. Die Landsberger Straße verlief von dort bis zum Alexanderplatz, das heute so seltsam schräg stehende Haus der Gesundheit zeigt uns die Richtung der alten Straßenflucht. Die Straße existiert heute noch im Untergrund: Die alten Versorgungsleitungen und -schächte sind nämlich noch in Betrieb. Auf dem Spielplatz ist das deutlich zu sehen: In der Mitte finden sich dort ein großer Betondeckel eines Kabelschachtes und gleich daneben die kreisförmige eiserne Abdeckung eines Schiebers. Das schränkt natürlich die Planungen für den Spielplatz ein. Direkt über Kanälen und Leitungen kann man zum Beispiel keine Fundamente für Spielgeräte legen, denn sie müssen für etwaige Reparatur- oder Sanierungsarbeiten zugänglich bleiben.

Das dürfte freilich kein großes Problem darstellen. Schwieriger wird es dagegen, die informellen Wege zu berücksichtigen, die im Innenbereich des Wohngebiets mit den Jahren entstanden sind. Der Spielplatz muss ja eingezäunt sein und an seinen Eingängen besonders gesichert werden. Die Schwingtüren sind ein Hindernis für ältere Menschen, die auf Gehhilfen wie z.B. Rollatoren angewiesen sind. Durch den eingezäunten Bereich verläuft aber ein wichtiger Fußweg, der den Innenbereich des Wohngebiets mit der Straßenbahnhaltestelle »Büschingstraße« verbindet. Den kleinen Abschnitt könnte man eigentlich aus dem umgrenzten Spielbereich auch herausnehmen. Auch für Hundehalter ist der Spielplatz ein Hindernis, da Hunde ihm ja fernbleiben müssen. Die Schleichwege zu seiner Umgehung sollten also möglichst beibehalten werden. Die Landschaftsplanerinnen wissen nach der Veranstaltung vom 27. August darüber Bescheid.

cs



Abreißen – oder als Kita nutzen?

Die Zukunft des alten Schulgebäudes an der Berolinastraße ist noch offen

Die bauliche Ertüchtigung der Charlotte-Pfeffer-Grundschule ist weit vorangeschritten, noch in diesem Jahr soll der Neubau in Betrieb genommen werden (wir berichteten in unserer letzten Ausgabe).

Doch der Neubau macht nur einen Teil des Areals aus. Zum Schulgelände gehören auch diverse Freiflächen, die Jugendverkehrsschule (derzeit nicht in Betrieb), der Sportplatz – und das alte Schulgebäude direkt an der Berolinastraße, das in den Planungen schlicht »Bauteil E« genannt wird. Zwar sah der Gewinnerentwurf beim Wettbewerb für die Neugestaltung des Schulstandorts den ersatzlosen Abriss des Bauteils E vor – doch das war 2009, ist also über zehn Jahre her. In dieser Zeit hat sich einiges verändert – weshalb der Fachbereich Stadtplanung für den Erhalt und die Ertüchtigung dieses Gebäudes plädiert, und zwar für eine Nutzung als Kita.

So gilt seit 2015 für das Gebiet KMA II eine Erhaltungsverordnung, außerdem ist es seitdem auch ein Fördergebiet im Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz«. Das alte Schulgebäude wurde in den 1960ern erbaut und ist laut Einschätzung des Fachbereichs Stadtplanung ein schützenswerter Teil des Nachkriegsembles. Doch mehr noch. Ein schlichter Abriss des Plattenbaus würde niemandem nutzen, denn die dann entstehende städtebauliche Leerstelle brächte auch keinen Freiflächengewinn für die Schule: Aus Sicht der Schulleitung kann das Areal aus Sicherheitsgründen den Schülerinnen und Schülern mit Behinderung nicht als Frei- und Bewegungsfläche zur Verfügung gestellt werden. Ein nutzloser Leerraum wäre angesichts allgemeiner Flächenknappheit nicht sinnvoll. Dagegen könnte das Gebäude durchaus noch von Nutzen sein: Denn die Bedarfszahlen für Kita- und Schulkinder steigen seit Jahren und ein Ende ist nicht abzusehen. Schon jetzt ist der Wettbewerbsentwurf von vor 10 Jahren für den Schulumbau eigentlich zu klein – weshalb bereits die Errichtung eines MEB (Modularen Ergänzungsbau) auf dem Schulgrundstück beschlossen wurde. Es mangelt aber auch erheblich an Kitaplätzen: Seit einigen Jahren steigt der Anteil junger Familien mit Kindern im Gebiet stetig. Für die »Bezirksregion Alexanderplatz«, zu der auch das Gebiet KMA II gehört, verzeichnet der Kita-Entwicklungsplan von 2019 einen Mehrbedarf von 321 zusätzlichen Kitaplätzen, der bislang nicht gedeckt werden konnte. Dies berücksichtigt aber nur die Zahl der Kinder, die in dieser Bezirksregion wohnen – noch nicht mit eingerechnet sind Kinder aus anderen Gebieten, die hier eine Kita besuchen. Und das sind im Gesamtbezirk Mitte sehr viele. Im Jahr 2018 wurden von insgesamt 3024 Kitaplätzen nur 1931 Plätze von Kindern aus Mitte genutzt, alle anderen von Kindern aus anderen Bezirken. U.a. liegt das daran, dass viele Eltern in Mitte arbeiten und eine Kita in Arbeitsnähe brauchen. Für die Bezirksregion Alexanderplatz registriert das bezirkliche Jugendamt ein Defizit an Betreuungsplätzen, auf der Platzsuchliste waren Ende 2019 106 Kinder aus dem Gebiet noch unversorgt. Für eine Kita spricht auch noch ein weiterer Aspekt: Denn insbesondere die Versorgung von Kindern mit Integrationsbedarf gestaltet sich schwierig. Die Charlotte-Pfeffer-Grundschule hat einen sonderpädagogischen Förderschwerpunkt und wird auch von vielen Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen besucht. Es liegt also nahe, auf dem Schulareal auch eine Kita mit einer größeren Zahl an

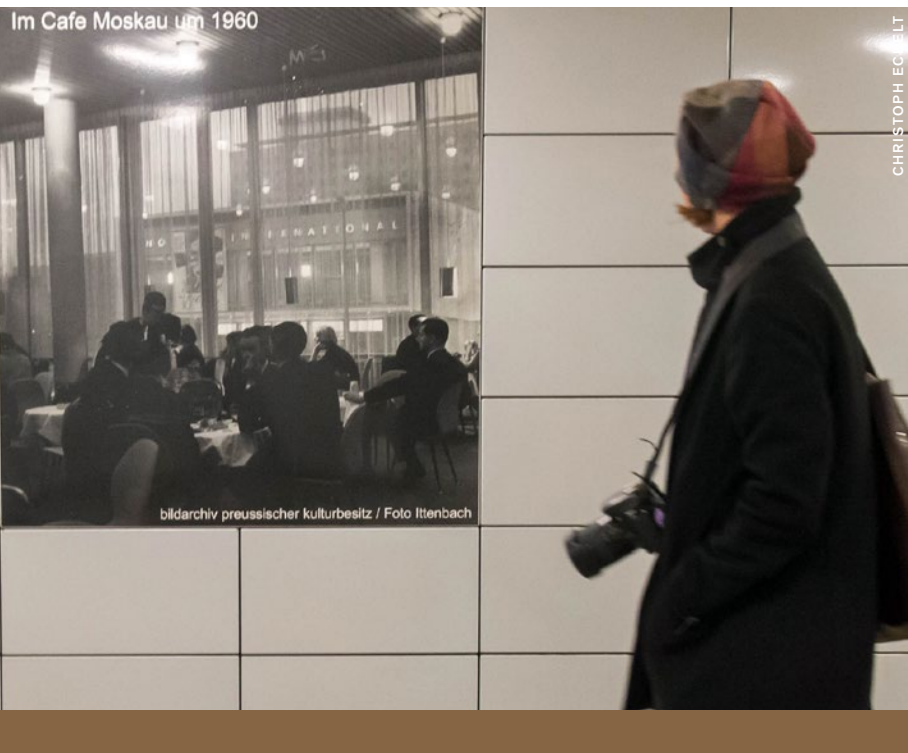
Integrationsplätzen zu schaffen – Infrastrukturen wie Freiflächen oder umliegenden Spielplätze könnten auch von den Kita-Kindern genutzt werden. Damit entstünde hier eine Art Campus mit Integrationsschwerpunkt. Der für Kitaplanung zuständige bezirkliche Fachbereich Jugend jedenfalls befürwortet eine Kita-Gründung an diesem Standort, wünschenswert wären ca. 120 Plätze. Das Vorhaben könnte sogar mit Mitteln aus dem Landesprogramm Kita-Ausbau unterstützt werden, das Erweiterungs- und Neubauten mit bis zu 25.000 Euro je Platz fördert. Eine Sanierung und der Umbau zur Kita wären jedenfalls baulich unkompliziert. Ein Architekturbüro, das das Bauteil E auf seine Tauglichkeit untersuchte, kommt zum Ergebnis, dass »das Gebäude optimal für den Umbau zur Kita geeignet ist«, die baulichen Voraussetzungen dafür seien ideal: Die Bausubstanz des dreigeschossigen Stahlbeton-Skelettbau ist in gutem Zustand, die Skelettkonstruktion des Plattenbaus ist erwiesenermaßen flexibel für Grundrissveränderungen, zwei Rettungswege sind vorhanden, die Belichtung ist optimal und eine behindertengerechte Erschließung unproblematisch zu gewährleisten. Die notwendige energetische Sanierung könnte über das Förderprogramm »Lebendige Zentren« finanziert werden. Auch aus städtebaulicher Sicht wäre ein Erhalt des Bestandsgebäudes mit Abstand die beste Variante. Bei Erhalt des Bauteils E mit angrenzender Freifläche wird zwar eine Neuordnung von Kita-Freifläche, JVs und Sportfläche im Norden des Grundstücks notwendig. Doch Berechnungen des Fachbereichs Stadtplanung belegen, dass in der Flächenbilanz die notwendigen Freiflächen sowohl für die Schul- als auch für Kitakinder problemlos nachgewiesen werden können.

Es gibt also viele gute Gründe für den Fachbereich Stadtplanung, sich für den Erhalt des Bauteils E einzusetzen. Warum auch sollte man ohne Not Ressourcen vernichten, die man eigentlich braucht und gut nutzen kann, und deren Alternative einfach nur eine ungenutzte, städtebaulich störende Leerstelle wäre. Doch die Bauherrenschaft für das Schulareal obliegt nicht dem Fachbereich Stadtplanung, zuständig ist hier die Abteilung Schule, Sport, Facility Management. Des Bezirks. Deshalb gab es bereits Abstimmungsgespräche zwischen den beteiligten Ämtern zur Klärung noch bestehender Differenzen. Aktuell wird ein Bezirksamtsbeschluss für den Erhalt des Bauteils E vorbereitet.

us

Neue Räume an der Karl-Marx-Allee

Eine Ausstellung im Kino International widmet sich den geplanten neuen Pavillons an der Karl-Marx-Allee



»RE: Pavillon - Neue Räume für die KMA II« ist der Titel einer Ausstellung des Stadtentwicklungsamts Mitte, die ab Anfang Oktober im Kino International gezeigt wird. Thema der Ausstellung sind die sechs neuen Pavillons, die der Bezirk entlang der Karl-Marx-Allee in ihrem Abschnitt zwischen Schillingstraße und Alexanderplatz plant. Diese Planungen Diese Planungen sind nicht nur bei den Bewohnern des Gebietes KMA II auf großes Interesse und viel Neugier gestoßen, sondern finden auch über das Gebiet hinaus Beachtung.

Ausstellungen bieten als Medium viele Vorzüge. Sie ermöglichen es, ihren Gegenstand umfassend zu erörtern und aus vielen Blickwinkeln zu beleuchten, unterschiedliche Perspektiven darzustellen, größere Zusammenhänge, zeitliche Abläufe und Kausalitäten zu verdeutlichen. Sie bieten Platz für viel Darstellungsmaterial – mehr, als eine Publikation leisten könnte – und vielfältige Präsentationsformen. Vor allem bieten sie auch viel Raum für Gespräche und Diskussionen über das Gezeigte. Man kann sie betreten, verlassen und wiederkommen – anders als etwa ein Film erlauben es Ausstellungen, sich das Thema nach und nach zu erschließen. Und im besten Fall – wie in diesem – kann man vor die Tür treten und den Schauplatz des Gezeigten, nämlich die Karl-Marx-Allee

in ihrem derzeitigen Zustand, auf sich wirken lassen. Auch in dieser Ausstellung geht es um weit mehr als die Abbildung der schließlich entstandenen Entwürfe für einzelne neue Pavillons. Vielmehr gehört dazu die Chronologie und Geschichte des Ortes und der Zeitläufe – angefangen von den Planungen für die Karl-Marx-Allee, II. Bauabschnitt Ende der 1950er Jahre.

Die Vorgeschichte

Zwischen 1959 und 1964 wird das Wohngebiet KMA II als erster sozialistischer Wohnkomplex im Ost-Berliner Zentrum verwirklicht und steht bis heute symbolisch für den Aufbruch und Wandel in der DDR-Gesellschaft in den 1960er Jahren und die Hinwendung zur Moderne. Für den Wohnungsbau der DDR bedeutet das einen radikalen, geradezu revolutionären Bruch in den Planungs- und Herstellungsprozessen. Die KMA II ist darüber hinaus eine Antwort auf das zur Interbau 1957 entstandene moderne Hansaviertel in West-Berlin.

Zur Gestaltung der neuen Magistrale wurden insgesamt elf freistehende Pavillons in klarer, moderner Architektur mit viel Glas und Transparenz entworfen. Diese sollten funktional und gestalterisch von den dahinterstehenden Wohnbauten getrennt sein und von überregionalen, attraktiven Verkaufs-, Dienstleistungs- und Gastronomie-einrichtungen genutzt werden. Doch sechs Pavillons, vorgesehen für den Abschnitt zwischen Schillingstraße und Alexanderplatz, wurden nie gebaut.

Die KMA in der Nachwendezeit

Ebenso wie diese Vorgeschichte schildert die Ausstellung auch die städtebaulichen Absichten der Veränderungen nach 1990. Das Bewusstsein für die sozialistische Moderne war noch nicht vorhanden, sie wurde nicht akzeptiert, ihre Qualitäten wurden negiert. Einige herausragende Bauwerke wie das Ahornblatt auf der Fischerinsel wurden sogar abgerissen und damit vernichtet.

Die nicht vorhandene Akzeptanz gegenüber der Sozialistischen Moderne wurde auch im Planwerk Innenstadt von 1996 deutlich. Der Bezirk Mitte widersprach jedoch eindeutig den Planungsabsichten der Senatsverwaltung. Ziel des Bezirkes war es, die Wohnquartiere der KMA II zu erhalten und zu stärken. Bereits im Jahr 2000 wurden die städtebaulichen Qualitäten des Ensembles durch eine Erhaltungsverordnung gesichert, die im Jahr 2015 konkretisiert wurde. Dieses Instrument zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart war die Grundlage zur Aufnahme der KMA II in das Bundesförderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« – übrigens als erstes und bislang einziges Gebiet der städtebaulichen Moderne. Für das gesamte Gebiet wurde ein städtebauliches Entwicklungskonzept erarbeitet. Auch zu den Flächen der einst geplanten, aber nie gebauten Pavillons und zur Behebung der städtebaulichen Fehlstellen an der KMA gab es Überlegungen. Nach einem Werkstattverfahren 2011, das gemeinsam mit der Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte (WBM), der Senatsbaudirektorin, dem Bezirksamt Mitte und Fachleuten durchgeführt wurde, war bereits die Notwendigkeit deutlich, das Ensemble mit sechs neuen Pavillons baulich zu ergänzen, was im Entwurf des Bebauungsplans festgehalten wurde. Aber die Umsetzungsmöglichkeiten waren bis 2015 noch völlig unklar.



Neue Pavillons: Das Werkstattverfahren

Von Seiten des Bezirksamtes Mitte gab es immer wieder Überlegungen, welches Verfahren geeignet wäre, um städtebauliche Klarheit zur konkreten Verortung der Pavillons zu bekommen und gleichzeitig angemessene Entwürfe für ihre bauliche Gestaltung zu erhalten. Das Bezirksamt entschied sich schließlich gegen einen (in solchen Fällen vielleicht üblichen) zweistufigen Wettbewerb und entwickelte stattdessen eine eigenständige, diskursive Werkstattmethode. Großer Wert wurde damit auf ein professionell-kooperatives Verfahren statt eines konkurrierenden gelegt – denn auch die entstehenden Bauten sollten nicht untereinander konkurrieren, sondern einer gemeinsam entwickelten Grundstruktur folgen. Von der WBM, den Senatsverwaltungen und dem Bezirksamt wurden mehrere in Frage kommende Architekturbüros vorgeschlagen. Von den sechs eingeladenen Architekturbüros nahmen fünf Büros am Verfahren teil. Als Gutachter und Sachverständige wurden zudem Teilnehmer aus Architektur, Politik, Wohnungswirtschaft, Fachöffentlichkeit und Fachverwaltung eingeladen. Die teilnehmenden Büros erarbeiten gemäß der Aufgabenstellung gemeinsam mit den Fachgutachtern und Sachverständigen die geforderte, serielle Typenlösung. Diese mehrstufige, diskursive Methode war vorteilhaft, weil alle Entwürfe in allen Planungsphasen gemeinsam diskutiert werden konnten und auch die Zwischenergebnisse zur Konkretisierung der planerischen Aufgabe führten.

Auch die Gebietsbevölkerung wurde einbezogen: in Form von Informationsveranstaltungen sowie einer großen Umfrage nach den Wünschen und Anregungen der Anwohnerinnen und Anwohner hinsichtlich der Nutzungen. 2019 wurden die Typologien und Bauten schließlich festgelegt und präsentiert (wir berichteten in der Ausgabe 04/2019).

Die künftigen Nutzungen

Doch nicht nur die im Laufe von zwei Jahren entwickelten Entwürfe, die nun die Basis der Neubauten bilden sollen, sind in der Ausstellung zu sehen. Ein Teil der Ausstellung ist der Entstehungsgeschichte des Gebiets KMA II mit den schon vorhandenen Pavillons und Sonderbauten samt ihren Architekten gewidmet.

Auch die Planungsgeschichte von den 1960er Jahren bis heute wird noch einmal erzählt. Ausführlich und auch für Nicht-Experten nachvollziehbar wird das Werkstattverfahren erläutert.

Und schließlich gibt es auch noch einen Schwerpunkt, der vielen Anwohnerinnen und Anwohnern sehr am Herzen liegt: Sie interessiert vor allem die Frage nach den künftigen Nutzungen und Nutzern der Pavillons.

Von Anfang an war dies auch eine entscheidende Frage für alle Beteiligten. Denn man kann nicht planen und bauen ohne konkrete Kenntnis, für wen und für welche Nutzungen geplant werden soll. Dies war zu Beginn des Planungsprozesses noch völlig offen. Eindeutig und mit allen Planungsbeteiligten einvernehmlich festgelegt war jedoch, dass es entlang der Karl-Marx-Allee, den prominenten Standorten angemessen, eine sowohl regional bedeutsame als auch überregional ausstrahlende öffentliche Nutzung geben soll – vorzugsweise mit kultur- oder bildungsorientierten Inhalten.

Die Ausstellung bietet nun die Möglichkeit, die zur Umsetzung vorgesehenen architektonischen Entwürfe und die potentiellen Nutzer aus Politik und aus dem Kultur- und Bildungsbereich kennenzulernen und sich ein eigenes Bild zu machen.

*»RE: Pavillon - Neue Räume für die KMA II«, Ausstellung vom 6. Oktober bis 14. November, im Kino International, Karl-Marx-Allee 33, 10178 Berlin
Öffnungszeiten: Di–Sa 15–20 Uhr. Eintritt frei
Zur Ausstellung wird es mehrere Veranstaltungen geben. Bitte informieren Sie sich dazu auf der Website www.kma-mitte.de oder auf Instagram ([karl.marx.allee_II](https://www.instagram.com/karl.marx.allee_II)).*



»Hilfe zur Selbsthilfe«

Die Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität e.G. verfügt über 861 Wohnungen im Gebiet

Ein wichtiger Akteur im Gebiet KMA II ist die Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität e.G. Sie geht auf die Initiative von Mitarbeitern des VEB Gasversorgung Berlin und der Groß-Berliner Wasser- und Entwässerungswerke zurück, die im Jahr 1956 die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft (AWG) »Solidarität« gründeten. Unsere Fragen beantwortete Torsten Eckel vom Genossenschaftsvorstand.

Mit ihrem Bestand von mehr als 3.200 Wohnungen zählt die Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität zu den mittelgroßen Genossenschaften Berlins. Wie viele Wohnungen hat sie im Wohngebiet KMA II und wo befinden sich die anderen Bestände?

Im Wohngebiet KMA II vermietet unsere Genossenschaft insgesamt 861 Wohnungen an die Mitglieder in der Schillingstraße, Neue Blumenstraße, Singerstraße, Berolinastraße und Karl-Marx-Allee. In der Schillingstraße 30 befindet sich die Geschäftsstelle in einem sogenannten »Punkthaus«, das übrigens 1967 als erstes seiner Art in Berlin errichtet wurde. Es war das Ergebnis eines Wohnungsbauwettbewerbs und für damalige Verhältnisse fast revolutionär: ein auf kleiner Grundfläche stehendes Hochhaus, das seinen Standort städtebaulich betont. Die Abkürzung des Bautyps WHH 17 bedeutet »Wohnhochhaus 17 Stockwerke«. Ein Merkmal eines Punkthauses ist, dass es sich um ein innenliegendes Treppenhaus mit Aufzug entwickelt. Es verfügt auf jeder Etage über einen Mittelgang, der alle Wohnungen erschließt. Weitere ca. 2.350 Wohnungen der Genossenschaft befinden sich in Berlin-Lichtenberg, u.a. an der Kreuzung Alt-Friedrichsfelde/Am Tierpark, wo besonders das 2015 entstandene Wandbild ins Auge fällt.

Wann sind die einzelnen Wohngebiete entstanden und welche Wohnungsgrößen dominieren?

Unser Wohngebiet in Mitte wurde in den 1960er Jahren vorwiegend als QP61- und P2/5-Bautypen errichtet. Mehrheitlich wurden Ein- bis Drei-Raum-Wohnungen



gebaut, um möglichst viele Mitglieder versorgen zu können. Ähnliche Themen haben wir auch heute wieder beim knappen Angebot an Wohnungen. In Berlin-Lichtenberg sind die Wohnungsgrößen ähnlich, allerdings ist der Bestand über fast 30 Jahre gewachsen.

Wie viele Mitglieder hat die Genossenschaft derzeit? Gibt es Wartelisten für die sehr begehrten Wohnungen, wie lange wartet man im Schnitt?

Am 31.12.2019 zählten wir über 4.600 Mitglieder, deren Altersdurchschnitt etwa 57 Jahre beträgt. Die durchschnittliche Wohndauer ist weiter gestiegen und liegt inzwischen bei fast 25 Jahren. Dies bedeutet auch, dass bei einer Fluktuationsrate von ca. 5% im Jahr immer nur sehr wenige Wohnungen neu vermietet werden können, weil relativ wenige Wohnungen gekündigt werden. Entsprechend sind die Wartezeiten insbesondere bei Wohnungsgrößen mit hoher Fluktuation, vor allem Ein-Raum-Wohnungen, kürzer als bei den anderen Wohnungstypen, bei denen das Warten schon mal ein paar Jahre dauern kann. Wir vergeben die Wohnungen streng nach der Dauer der Mitgliedschaft in unserer Genossenschaft. Uns freut natürlich die hohe Nachfrage, allerdings ist es für Wohnungssuchende schwierig – wie fast überall in der Stadt.

Wirtschaftlich geht es den Berliner Wohnungsbaugenossenschaften derzeit sehr gut. Es gibt fast keinen Wohnungsleerstand, die Zinsen sind historisch auf einem Tiefstand, der vorhandene Gebäudebestand ist überwiegend saniert und in gutem Zustand. Trifft das auch auf die Solidarität zu? Wo gibt es aktuell Probleme?

Auch unsere Genossenschaft verfügt über einen gut sanierten Wohnungsbestand zu moderaten Nutzungsgebühren, wie in einer Genossenschaft die Mieten bezeichnet werden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete beträgt 5,33 Euro/m² monat-

lich. Der Mietspiegel 2019 nennt für das gesamte Stadtgebiet 6,72 Euro/m². Der Erhalt der Bestände mit der gleichzeitigen Anpassung an demografische, technische, gesellschaftliche und gesetzliche Veränderungen wird auch in den nächsten Jahren eine Hauptaufgabe bleiben. In diesem Zusammenhang sind wir natürlich nicht erfreut über die Beschränkungen des Mietendeckels und werden auf einige Dinge verzichten müssen, die wir in unserer langfristigen Planung vorgesehen hatten.

In der Neue Blumenstraße wurden in vier Aufgängen die Wohnungen durch den Einbau von zusätzlichen Aufzügen barrierearm erreichbar gemacht, die Aufzüge fahren sogar die Kellergeschosse an. Dieses Programm mussten wir erst einmal stoppen, weil uns die finanziellen Mittel fehlen und wir trotz der günstigen Zinssituation dafür keine Kredite wollen. Schließlich verzichten wir komplett auf Modernisierungsumlagen. Und das soll auch so bleiben. Die Baupreise in Berlin sind in den letzten beiden Jahren um fast 20 % gestiegen. Mieterhöhungen sind zurzeit fast nicht möglich. Da können wir nur Maßnahmen streichen oder verschieben, um uns nicht zu verschulden.

Können Sie uns Auskunft zum ehemaligen Ambulatorium Schillingstraße 12 und dessen Zukunft geben?

Für das Grundstück des Ambulatoriums hat die Genossenschaft Ende letzten Jahres einen Kaufvertrag mit Zustimmung behalten unterzeichnet. Am 12. August hat das Abgeordnetenhaus endgültig dem Verkauf an unsere Genossenschaft zugestimmt. Dies freut uns sehr, denn es ist nicht nur eine sinnvolle Arrondierung unseres Bestandes. Wir sind nun in der Lage, in Abstimmung mit dem Bezirksamt drei Gebäude an der Ostseite der Schillingstraße zu errichten. Dies wird aus heutiger Sicht spätestens 2030 abgeschlossen sein, wobei wir gern schneller sein wollen.

An der Schillingstraße verfügt die Solidarität e.G. damit über mehrere Baufelder, auf denen Neubauten von Wohnhäusern mit Gewerbeeinheiten im Erdgeschoss möglich sein sollen. Wie wird in der Genossenschaft darüber diskutiert?

Die Gremien der Genossenschaft werden durch den Vorstand regelmäßig über Planungen für einen Neubau in der Schillingstraße informiert. Die Mitglieder und Mieter der Solidarität erhalten entsprechende Informationen in unserer Mitgliederzeitung »Soli-Kompakt« bzw. auf unserer Homepage. Über unsere letzte Mitgliederumfrage haben wir ermittelt, was sich unsere Mitglieder wünschen. Ein wichtiges Thema, das unsere Mitglieder immer wieder an uns herantragen, ist die ärztliche Versorgung im Wohngebiet und überhaupt die »Dienstleistungen am Menschen«. Viel ist hier in den letzten Jahren verloren gegangen und wird stark vermisst. Das wollen wir ändern oder zumindest die noch vorhandenen Ansiedlungen erhalten, sofern dies möglich ist.

Welche sozialen und öffentlichen Aktivitäten bietet die Genossenschaft?

Kulturelle, sportliche und soziale Aktivitäten sind ein wichtiger Faktor unseres genossenschaftlichen Lebens. Kulturelle Angebote und Veranstaltungen, Wohnquartiers- und Hausfeste fördern eine gute Nachbarschaft und tragen zum genossenschaftlichen Miteinander bei. Die breite Palette an Veranstaltungen und attraktiven Freizeitaktivitäten, die wir auch in und um unseren Mitgliedertreffpunkt in der Schillingstraße 2 anbieten können, verdanken wir nicht zuletzt den vielen ehrenamtlich engagierten Mitgliedern und Kursleitern.

Gutes tun ist ein Gewinn für alle. So leisten wir einen Beitrag für mehr Familienfreundlichkeit in unserer Stadt, bieten älteren Menschen eine passende Betreuung und engagieren uns aktiv für den Nachwuchs durch Partnerschaften mit einer Grundschule und einer Kita. Wohnbegleitende Dienstleistungen sorgen besonders bei sozial schwachen und älteren Mitgliedern für ein gutes Zusammenleben. Hierzu gehören die angebotene Mietschuldnerberatung, die Koordination von Hilfsangeboten und die Zusammenarbeit mit sozialen Trägern.

In Zeiten coronabedingter Einschränkungen mussten unsere Mitglieder natürlich auf viele lieb gewonnene Dinge verzichten. Umso mehr hat es uns gefreut, dass sich die Hilfe zur Selbsthilfe, ein wichtiges genossenschaftliches Prinzip, wieder stärker etabliert hat. Jüngere helfen z. B. den Älteren mit einem Einkaufsservice.

»Chaos & Aufbruch – Berlin 1920 I 2020«

Eine überaus sehenswerte Ausstellung wurde Ende August im Märkischen Museum eröffnet: Die umfangreiche Sonderausstellung »Chaos & Aufbruch« widmet sich dem Thema »100 Jahre Groß-Berlin« und geht mit Blick auf die Vergangenheit und die Gegenwart Berlins der Frage nach, wie aus einem chaotischen Umbruch ein konstruktiver Aufbruch gestaltet werden kann: Wie kann Großstadt gelingen?

Sie geht zurück bis ins Jahr 1920, als sich durch das »Groß-Berlin-Gesetz« quasi über Nacht die Einwohnerzahl Berlins verdoppelte und durch Eingemeindung benachbarter, bis dahin selbstständiger Städte und Gemeinden eine der damals größten Städte der Welt entstand. Mit nun 20 Bezirken bemühte sich die Kommune, die großen finanziellen und sozialen Ungleichgewichte zwischen den teils sehr unterschiedlichen Stadtteilen auszugleichen. Eine »Politik für alle« hatte zum Ziel, allen in der Stadt lebenden Menschen einen Mindeststandard bei Bildung, Gesundheit, Wohnen und Erholung zu ermöglichen. Zudem war endlich auch eine einheitliche Verkehrs- und Stadtplanung möglich. Das Groß-Berlin-Gesetz war somit die Grundlage für die Metropole von heute.

In der Ausstellung laden eine historische und eine aktuelle Zeitebene zu einer Entdeckungsreise ein, die von den Problemen der Stadt über Lösungsansätze bis hin zu ihrem Zukunftspotential führt. Dabei geht es um Wohnen, Verkehr, Erholung, Verwaltung, um die Anbindung an das Umland und auch um Identität. »Chaos & Aufbruch – Berlin 1920/2020« ist die zentrale Ausstellung des Kooperationsprojekts »Großes B – dreizehnmal Stadt« des Stadtmuseums Berlin mit den zwölf Berliner Bezirksmuseen. Begleitet wird sie von einem umfangreichen Programm und dem Online-Portal 1000x. Berlin mit Fotografien und Biografien aus einhundert Jahren Groß-Berlin.

»Chaos & Aufbruch«, Ausstellung im Märkischen Museum, Am Köllnischen Park 5, noch bis 30. Mai 2021
Jeden Sonntag von 14 bis 17 Uhr vermittelt ein Live-Speaker spannende Hintergrund-Informationen. Zur Ausstellung ist außerdem eine informative, 144 Seiten starke Broschüre erschienen, die im Museum kostenlos erhältlich ist.
Öffnungszeiten: Di–Fr 12–18 Uhr, Sa/So 10–18 Uhr Eintrittspreis: 7,00 / erm. 4,00 Euro (inkl. Audioguide), bis 18 Jahre Eintritt frei

Unvollendete Metropole. 100 Jahre Städtebau für (Groß-)Berlin

Die Ausstellung des Architekten- und Ingenieur-Vereins zu Berlin, die vom 1. Oktober bis 31. Dezember im Kronprinzenpalais gezeigt wird, verknüpft Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Metropole. Historische architektonische und städtebauliche Leistungen Berlins seit 1880 werden dargestellt und die aktuellen Potenziale der Metropolenregion Berlin-Brandenburg beleuchtet. Die Entwicklungen sind mit Blick auf Schlüsselthemen wie Wohnen, Verkehr, Freizeit und Erholung oder die Vielzahl an Zentren innerhalb der Stadt und im Umland dargestellt.

Zudem präsentiert die Ausstellung öffentlich die Ergebnisse des »Internationalen Städtebaulichen Wettbewerbs Berlin-Brandenburg 2070« und wagt damit einen Blick in die Zukunft des Jahres 2070. Der Wettbewerb wurde von September 2019 bis Juli 2020 durchgeführt. Insgesamt wurden 55 Arbeiten abgegeben, 18 kamen in die Endrunde, über die eine prominent besetzte 15-köpfige Jury im anonymen

Verfahren abgestimmt hat. Alle 55 Wettbewerbsbeiträge zeigen Ideen auf, wie der existierende Raum in eine lebenswerte Zukunft geführt werden kann. Ein entscheidender Aspekt war dabei, realistische Absichten für die zukünftige Metropolregion zu entwickeln. Mitte Juli wurden die fünf Gewinner bekannt gegeben. Darüber hinaus wird die Betrachtung um eine europäische Perspektive erweitert. Anhand von Zukunftsprojekten stadtreionaler Bedeutung der Berliner Partnerstädte Moskau, Wien, Paris und London wird thematisiert, wie andere Metropolen mit aktuellen urbanen Herausforderungen umgehen.

Ausstellung vom 1. Oktober bis 31. Dezember; Veranstalter: Berlin 2020 gGmbH – eine Gesellschaft des Architekten- und Ingenieur-Vereins zu Berlin, Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, 14057 Berlin, täglich 10–18 Uhr, Tel. 883 45 98
Bitte beachten Sie die Hinweise auf der Website <http://bb2020.de/>



CHRISTOPH ECKELT

Verfechterin sozialdemokratischer Ideale

Zum Rücktritt der Berliner Stadtentwicklungsministerin Katrin Lompscher

Der Rücktritt von Katrin Lompscher als Stadtentwicklungsministerin kam völlig überraschend – weder hatte sie zuvor amtsmüde gewirkt, noch hatte die Opposition sie besonders in der Mangel. Das große Projekt des Mietendeckels hatte zwar für viele Anfeindungen gesorgt, doch in der Sache bot er keinen Anlass für Rücktrittsforderungen.

Der Grund für den Rücktritt war im Grunde völlig banal: Bei ihrer Tätigkeit in Aufsichtsratsgremien hatte sie jährlich 8100 Euro verdient. Davon musste sie nach dem Senatorengebot für insgesamt drei Jahre knapp 5900 Euro in die Landeskasse zurückzahlen, was sie versäumte. Nach Bekanntwerden der fehlerhaften Abrechnungen überwies sie einen Betrag von 7000 Euro an die Landeskasse – und trat zurück.

Das Versäumnis war so nichtig, dass der Rücktritt selbst ihren erbittertsten Gegner für einen Moment den Wind aus den Segeln nahm. Katrin Lompscher selbst war es, die sich den Fehler nicht kleinreden mochte. Ein Rücktritt wegen 5900 Euro, die umgehend nachgezahlt wurden – so viel Strenge mit sich selbst, Rückgrat und Anstand sind ungewöhnlich in einer politischen Landschaft, in der ein Minister ungeniert einen Milliarden Schaden für die Gesellschaft wie eine Petitesse aussitzen kann. Lompscher jedoch muss klar gewesen sein, dass auch der kleinste Makel in ihrem Amt sie angreifbar machen würde.

Und an erbitterten Gegnern mangelte es Lompscher nun wahrlich nicht. Schließlich gab und gibt es eine Menge Leute, die Kapital aus Immobilien und überzogenen Mieten schlagen. Lompscher – eine Ostberlinerin, die ihr Handwerk erst als Baufacharbeiterin und dann als Diplomingenieurin für Städtebau von der Pike auf gelernt hatte – trat ihr Amt in einer Stadt an, in der Mieten und Grundstückspreise explodierten, Spekulanten Häuser reihenweise »entmieteten«, um sie als Eigentumswohnungen lukrativ zu verkaufen, oder Grundstücke aus spekulativen Zwecken brach liegen ließen. In einer Stadt, die seit Jahren keinen nennenswerten Sozialen Wohnungsbau mehr zu verzeichnen hatte und in der es an bezahlbaren Wohnungen mangelte. Kein schönes Erbe. Lompschers politische Agenda war geradlinig: mehr Mieterschutz, die Mietenspirale möglichst stoppen, mehr Sozialer Wohnungsbau. Das hieß konkret: massive Ausweitung von Milieuschutzgebieten (und damit mehr Vorkaufsrechte für die Kommune), Neubauvereinbarungen mit den landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften, Erhöhung des Anteils kommunaler Bestände auf dem Wohnungsmarkt und – ein kühner Vorstoß – der Mietendeckel.

In der Folge wurde ihr oft vorgeworfen, zu wenig für Wohnungsneubau zu sorgen und Investoren zu verschrecken, hämisch wurde sie »Bauverhinderungssenatorin« genannt – und damit die simple Tatsache geleugnet, dass in Berlin derzeit so viele Wohnungen gebaut werden wie seit 20 Jahren nicht mehr. Hinzu kommen erteilte Baugenehmigungen für über 60.000 Wohnungen. Etliche davon wurden bislang nicht gebaut, weil Investoren immer noch mit den Grundstücken spekulieren. Der Mietendeckel stieß zwar auf viel Abwehr und Gegenwind, ließ aber auch Politiker (und Mieter!) in anderen, ebenfalls

unter den steigenden Mieten ächzenden Großstädten aufhorchen und weckte Hoffnungen – wenn er vor der höchsten richterlichen Instanz bestehen kann, hätte das mehr als nur Signalwirkung.

Interessanterweise kam massive Kritik an der angeblichen investoren- und eigentümerfeindlichen Politik Lompschers ausgerechnet auch von Journalisten der Hauptstadt- und Landespresse. Es waren vielleicht dieselben Journalisten, die es jahrelang ohne Nachfragen oder Eigenrecherche hinnahmen, dass die frühere Senatorin Junge-Reyer (SPD) gebetsmühlenartig beruhigte, in Berlin stünden hunderttausend Wohnungen leer – selbst dann noch, als der Wohnungsmangel längst spürbar war und sich herausstellte, dass die völlig obskure Zahl auf nichts weiter als auf veralteten Angaben von Vattenfall zu abgestellten Stromzählern beruhte. Und auch Junge-Reyers Vorgänger, Peter Strieder (ebenfalls SPD) musste längst nicht so viel Kritik wie Lompscher einstecken, obwohl er sich lieber den spektakulären Prestigeprojekten widmete, während in seiner Amtszeit die Förderung Sozialen Wohnungsbaus immer weiter zurückgefahren wurde oder kommunale Bestände in Größenordnungen verscherebelt und privatisiert wurden.

Sicher hat auch Lompscher in ihrer Amtszeit Fehler gemacht. Doch ihre Politik war streitbar im besten Sinn, und wenn man so will, hätte die SPD der Linken-Politikerin Katrin Lompscher eigentlich eine Ehrenmitgliedschaft anbieten sollen. Schließlich war sie diejenige Senatorin, die noch am ehesten unter all ihren Vorgängern und mit großer Konsequenz eine mieterfreundliche Politik und eine Bürgerstadt für alle vertrat. Mithin also eine im Kern zutiefst sozialdemokratische Stadtpolitik im ursprünglichen Sinn.

Nachfolger ist Lompschers bisheriger Staatssekretär Karsten Scheel. Er gilt als weniger streitbar, als pragmatisch, unsichtig und gründlich, ist freilich nicht vom Fach: Der gebürtige Wriezener studierte Philosophie und war, bevor als Staatssekretär begann, Mitglied des sächsischen Landtags und parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion. Aller Voraussicht nach wird er in dem verbliebenen Jahr vor der nächsten Berlinwahl Lompschers Politik weiterführen. us

Geschichte sichtbar machen

Welche Erinnerungen, Geschichten und verschwundenen Orte birgt das Wohngebiet?

Zum Beispiel Sara Enke. Sara Enke wohnte dort, wo sich heute der kleine »Kosmetik Babette«-Pavillon an der Karl-Marx-Allee befindet. Sie war eine einfache Näherin, das Haus in der Karl-Marx-Allee 36, die damals noch Große Frankfurter Straße hieß, war ihre letzte Berliner Wohnanschrift.

Sie war 47 Jahre alt, als sie in einen der Waggonen steigen musste, die vom Güterbahnhof Moabit direkt in das Vernichtungslager Auschwitz fuhren. Dort wurde sie ermordet. Oder die Familie Urbach: Chaim Urbach, seiner Frau Tsipora, geborene Schreiber, und ihrem gemeinsamen Sohn Julius. Sie lebten in der Großen Frankfurter Straße, etwa dort, wo sich heute einer der Pavillons der Karl-Marx-Allee 45 befindet. Chaim und Julius Urbach wurden 1938 im Zuge der »Polenaktion« nach Żbąsów (Bentschen) abgeschoben. Tsipora wurde ein Jahr später, Ende Mai 1939, nach Polen ausgewiesen. Was aus ihnen wurde, ist nicht bekannt. Was wissen wir eigentlich über die Viertel, in denen wir leben? Wie sie früher aussahen, welche Menschen in den Häusern lebten, welche Geschäfte, Kirchen, Betstuben, Schulen, Altenheime es dort gab, wo sich all die Kinos, Theater und Kleinkunsthäuser befanden? Zumal gilt das für Viertel wie das Gebiet KMA II, die in der Nachkriegszeit völlig neu konzipiert und erbaut wurden, deren Straßenführungen und Straßennamen sich nahezu komplett veränderten. Doch auch hier war schon zuvor Stadt – dichteste Berliner Innenstadt. An Straßen wie der Magazinstraße deuten sich noch alte Straßenver-

läufe an, auch die Karl-Marx-Allee folgt in ihrem Verlauf der Großen Frankfurter Straße, auch die Büschingstraße gab es schon früher. Doch wer erinnert sich noch an Namen wie Marsillusstraße, Wassermannstraße, Elisabethstraße, die ein Stadtplan von 1902 noch verzeichnet? Und wer weiß schon noch, dass es dort, wo heute das Haus der Statistik steht, einmal ein jüdisches Altersheim gegeben hat? Sicher, einige wenige Stolpersteine wurden auch in diesem Wohnviertel verlegt, die an frühere jüdische Bewohner erinnern, und hier und da gibt es auch eine Gedenktafel am historischen Ort. Doch wie und was das früher für eine Gegend war jenseits des Alexanderplatzes, ist uns bislang noch weitgehend verborgen. Es fehlt an einer Erinnerungskultur, spezifisch für dieses Gebiet. Es gibt zwar auch Karten im Internet, die frühere Bebauungen und Straßenverläufe zeigen. Es gibt ein bundesweites Verzeichnis der Stolpersteine, hier und da findet man Bröckchen in der Literatur, und es gab und gibt durchaus auch Initiativen, die sich um Erinnerungskultur bemühen. Eine Schwierigkeit besteht gewiss auch darin, dass es ja nicht nur EINE Vergangenheit gibt. Sie besteht immer aus Schichten, die sich übereinanderlegen, überlagern, Älteres auch verwischen. Es wäre also an der Zeit, das bislang vorhandene Wissen und die Arbeit etlicher Menschen zu bündeln, um sich an einer Topographie des Gebiets zu versuchen, die die Geschichte der letzten 200 Jahre spiegelt. Dabei kann es nicht um Vollständigkeit gehen, das ist ohnehin unmöglich. Aber schon eine Annäherung an den

Ort, wie er um 1850, um 1900 und um 1945 aussah, wäre großartig. Gäbe es eine Karte, die alte Straßenzüge – in Kombination mit den gegenwärtigen Straßenverläufen zur Orientierung – verzeichnet und darauf einige wichtige Erinnerungsorte mit kurzen Informationen und Erläuterungen markiert, wäre das nicht nur für Anwohnerinnen und Anwohner des Viertels interessant, sondern auch für jene, die diesen Ort besuchen, ein Zugewinn. Wünschenswert wäre natürlich eine einfach handhabbare, niedrigschwellige interaktive Karte, die für alle im Netz zur Verfügung gestellt wird und die immer wieder um neues Wissen bereichert werden kann. Vielleicht ergeben sich dann daraus auch andere Dinge – Geschichten-sammlungen, öffentliche Gedenkorte, das alles ist offen. Vergangenheit lässt sich nicht baulich wiederbeschreiben, wie es der erste Entwurf des »Planwerks Innenstadt« von 1996 versuchte – der damalige Versuch, insbesondere das Berliner Zentrum neu zu »fassen«, indem man ein vorindustrielles Stadtraster darüberlegte, war zu Recht auf massive Proteste der Berliner Bevölkerung gestoßen. Vergangenheit wird auch nicht durch die Nachbildung von Fassaden eines alten Hohenzollernschlosses fassbar. Zu verstehen ist Vergangenheit nur im Kontext heutigen Wissens. Auch Erinnerung wird so nur durch Wissen möglich und lebendig. Erinnerungskultur bedeutet, dieses Wissen zu erschließen, zusammenzutragen und zugänglich zu machen. Würden sie auch gern an einer solchen Topographie des Ortes mitarbeiten? Interessiert es Sie, was sich hier früher einmal alles befand, und haben Sie Lust daran, solches Wissen aufzustöbern und mit anderen zusammenzutragen? Haben Sie vielleicht sogar schon dies und das an Kenntnissen beizusteuern oder Dinge in Ihrem Archiv, von denen Sie bislang nicht recht wussten, was Sie das öffentlich zugänglich machen könnten? Dann melden Sie sich doch einfach bei uns – wir stehen gern zur Verfügung, um die potentiellen Topographen zusammenzubringen! us

Redaktion KM-Magazin, c/o Ulrike Steglich, die Adresse und E-Mail finden Sie im Impressum auf S. 2.



CHRISTOPH ECKELT

Neue Berlin-Bücher



Viele Berliner haben sich in diesem Jahr wegen der coronabedingten Umstände für einen Urlaub zu Hause entschieden oder ganz darauf verzichtet. Dennoch musste es nicht langweilig werden. Schließlich haben auch Berlin und das Umland noch viel Entdeckungswertes zu bieten. Auch für die trüben Tage gibt es einige neue Berlin-Bücher, mit denen man im Kopf Streifzüge unternehmen kann, und das Beste daran: sie können auch durchaus mal in die Vergangenheit führen. Hier nur eine kleine Auswahl aus dem großen Feld der Berlinliteratur.

Momentaufnahmen

Zu einer Zeitreise lädt Jürgen Grothe ein: Der Berliner Fotograf hat seit den 1950er Jahren seine Heimatstadt porträtiert (siehe Foto links). Sein Fotoband »Berlin – Fotografien aus Ost und West 1956–1978« ist ebenfalls eine Reise durch die Bezirke (wobei die Ostbezirke einen deutlich geringeren Anteil haben, weil der Zugang für den Westberliner Fotografen in Zeiten der Berliner Mauer nur selten möglich war). In dieser Zeit entstanden Fotos, die nun in diesem faszinierenden Bildband versammelt sind, darunter auch bislang unveröffentlichte. Gesellschaftliche Ereignisse findet man hier ebenso wie ungeschönte Alltagsbilder und Momentaufnahmen und Fotos von den städtebaulichen Narben des Krieges bis zum neuen Wirtschaftswunderwohlstand. Natürlich ist ein hochwertiger Foto-Band auch teurer als ein Taschenbuch, aber es lohnt sich – und der Preis fällt hier noch überaus moderat aus.

Jürgen Grothe: Berlin – Fotografien aus Ost und West 1956–1978, Elsengold-Verlag, 36 Euro

Kriminalität als Gesellschaftsgeschichte

Überhaupt hat der Elsengold-Verlag etliche interessante Berlinbücher im Programm, darunter »Berlin wird Metropole« zu 100 Jahren Groß-Berlin – ein überaus lesenswertes Kompendium des Berlin-Historikers Felix Esser – sowie Titel zur Berliner Architektur- oder Literaturgeschichte. Und wer ein bisschen Crime und Nervenkitzel sucht, wird ebenfalls fündig: Das Buch »Morde im preußischen Berlin« des Kriminalhistorikers Udo Bürger ist aber keineswegs reißerisch, sondern schildert erstmals alle Kriminalfälle zwischen 1815 und 1918, die mit einer Hinrichtung endeten, und beschreibt Kriminalitätsgeschichte als Gesellschaftsgeschichte, indem es Einblick in die ökonomischen und sozialen Hintergründe gibt.

Udo Bürger: »Morde im preußischen Berlin 1815–1918«, Elsengold-Verlag, 20 Euro

Berliner Miniaturen

Man muss beispielsweise gar nicht den Ehrgeiz haben, alle 96 Berliner Ortsteile zu durchstreifen, wie es der Berliner Reporter und Autor Jens Mühling getan hat. Diese Spaziergänge sind nun alle in einem Buch versammelt, vom kleinsten Ortsteil (Hansaviertel) bis zum größten (Köpenick) und lesen sich kurzweilig, wobei der Autor keine Studie im wissenschaftlichen Sinn liefert, sondern viele subjektive, literarische Miniaturstudien. Sein Fazit: Berlin kann sich wie eine fremde, neue, andere Stadt anfühlen, sobald man nur ein paar Haltestellen weiter fährt.

Jens Mühling: »Spaziergänge durch alle 96 Ortsteile«, Rowohlt-Verlag, 15 Euro

Faktenbasiertes Bashing

Bemerkenswert ist, dass die größten Berlinhasser – oft selbst Berliner sind. Lorenz Maroldt, Chefredakteur des Tagesspiegel, und der Kolumnist Harald Martenstein, dessen Granteleien nicht jedermanns Geschmack sind, haben sich nun zum lustvollen Berlin-Bashing zusammengetan. Wie der etwas sperrige Buchtitel verrät, waren eigentlich 100 Kapitel versprochen, »von denen leider nur 13 fertig wurden«. Beide Autoren leiden auf hohem Niveau. Natürlich fehlen die üblichen Themen (lahmende Verwaltung, BER, Bau- und andere Skandale, explodierende Mieten, Verkehrschaos) nicht – doch das allein wäre billig, wäre da nicht Lorenz Maroldt, der als erfahrener Journalist und exzellenter Berlinkenner viele aufschlussreiche, gut recherchierte Fakten, Hintergründe und historische wie politische Verknüpfungen liefert, die die Lektüre zu einem Gewinn werden lassen. (Wir warten allerdings noch auf eine zwischen Buchdeckeln gebundene Liebeserklärung an diese meschuggene Stadt und ihre Bewohner, die noch dem irrsten Wahnsinn des Alltags mit stoischer Gelassenheit trotzen und auch beim Anblick von Promis unerschütterliche Dezenz wahren.)

Harald Martenstein, Lorenz Maroldt: »Berlin in 100 Kapiteln ... wovon leider nur 13 fertig wurden«, Ullstein Verlag, 19,90 Euro

us



Kontakte, Ansprechpartner, Adressen

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146
13353 Berlin

Zuständig für das Fördergebiet:

André Zschaler
Tel. (030) 9018 457 93
andre.zschaler@ba-mitte.berlin.de

Zuständig für private Bauvorhaben:

Elke Pistorius
Tel. (030) 9018 457 79
elke.pistorius@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung und Gebietsentwicklung

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP GmbH)
Schwedter Straße 34 A
10435 Berlin
kma@kosp-berlin.de

www.kosp-berlin.de
www.kma-mitte.de

Bürgersprechstunde:

Do 15–19 Uhr, vorerst telefonisch, Kontakte siehe KoSP-Ansprechpartner

Ansprechpartner:

Hannah Münzer
Tel. (030) 33 00 28 47
muenzer@kosp-berlin.de

Christin Noack
Tel. (030) 33 00 28 55
noack@kosp-berlin.de

Georg Wasmuth (büro west)
Geneststraße 5, 10829 Berlin
Tel. (030) 786 04 70
gw@buero-west.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Referat Stadterneuerung (IV C)
Württembergische Straße 6
10707 Berlin
Henrik Uhlenbrock
henrik.uhlenbrock@sensw.berlin.de

Nachbarschaftsrat KMA II e.V.

info@nachbarschaftsrat-kma.de

Treffen jeden letzten Dienstag des Monats 18.30 Uhr, KMA-II-Treff, Schillingstraße 12, EG, Raum 11





KOLUMNE

Höfe und Möbel

Ein Jubiläum, das eigentlich ein bisschen gefeiert gehört, aber nun in diesen Zeiten quasi nur viral gehen kann, sind die 100 Jahre Großberlin. Damals entstanden geradezu aus einem Verwaltungsakt – was jetzt nicht die günstigste Voraussetzung für eine Großstadt ist, denn Eingemeindungen alleine geben ja noch kein Gesicht und auch keinen Charakter. Beides will erst gewonnen und gestaltet werden. Zumal nach der Einverleibung der kreisfreien Städte Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Spandau, Lichtenberg und Neukölln sowie der Gemeinde Köpenick und Dutzender Dörfer dieses Berlin zwar die flächenmäßig zweitgrößte Stadt der Welt (Weltstadt wurde es erst später) war, dann aber Weltwirtschaftskrise, zwei große schreckliche Kriege und 28 Jahre Teilung folgten. Wann also bitteschön hat diese Stadt Zeit und Muße gehabt, Metropole zu werden?

Nun ist sie eine. Und Harald Juhnke, der mal gesagt hat: »In Berlin bin ick weltberühmt« drückte heute damit aus, dass ihn auch die ganze Welt kennt. Berlin ist schon groß. Und berühmt und – wie die meisten Menschen, die herkommen, um länger oder gar für immer zu bleiben, wohl sagen würden – ziemlich cool. Das war zu anderen Zeiten ganz anders. Beispielsweise, als es losging mit der Industrialisierung. Als das vom Land vertriebene Prekariat die Städte auf der Suche nach Arbeit bevölkerte. Als die Wohnungen in den Mietskasernen so vielen Menschen als Nachtlager dienten, dass sie in

Schichten und reihum schlafen mussten. Als es in den Kneipen Berlins die sogenannten »Strippenschläfer« gab, jene Männer, die gar keine Bleibe hatten, stattdessen am Tresen schliefen, gehalten nur durch einen Strick, der, hinter ihnen aufgespannt, die Lehne ersetzte und verhinderte, dass sie vom Stuhl fielen.

Heute lässt sich nur mit Hilfe von Büchern, Ausstellungen, Filmen und Erzählungen der ganz Alten in die Vorstellung holen, dass diese Stadt einmal eine schreckliche Hof»kultur« hatte, zu der am besten das Adjektiv »menschenverachtend« passt. Hinterhöfe so grau wie ein Unterhemd nach der tausendsten Wäsche, und so klein, dass man den Himmel nur sehen konnte, legte man den Kopf ganz weit in den Nacken und bemühte all seinen Optimismus, an dieses hemdgroße Stück Blau da oben zu glauben.

Vielleicht ist es manchmal doch gut, sich diese alten Bücher anzuschauen, in denen Bilder von jenen Wohnverhältnissen gezeigt werden, die zu Elend, zehrenden Krankheiten und Hoffnungslosigkeit führten, als Schlaf- und Kochstätte dienten und zugleich für viele Menschen Arbeitsort waren – Kinder wie Erwachsene, die an den Esstischen in Heimarbeit das tägliche Brot verdienten. Mag sein, dass wir dann auf manche, heute geplante Verdichtung zur Schaffung neuen Wohnraums etwas sanfter reagierten, auch wenn die Schatten dann länger werden und der Blick aus dem Fenster nicht mehr ganz so weit gelangt wie zuvor.

Schaut man sich heute an, was Höfe sein und an Aufenthaltsqualität bieten können, wie viel Grün es gibt hier bei uns gibt (es dürfte halt nur nicht so schlimm getrimmt, so nörgelig eingezäunt und oft so lieblos in Rabatten gezwängt werden), und wie viele Möglichkeiten das böte, zu sein und zusammenzukommen. Dafür aber bräuchte es dann doch noch einiger Klugheit und Fantasie, um zum Beispiel dem Begriff »Stadtmöbel« zu seinem wahren Glanz zu verhelfen. Es bedürfte tatsächlich so was, wie einer Toilettenkultur, denn Corona hat gezeigt, dass eine Stadt im Lockdown jemandem mit altersbedingter Blasenschwäche das Leben schwer machen kann. Es bräuchte – wie in Wien – coole Orte, an denen an heißen Tagen feiner kalter Wassernebel aus hübschen Säulen sprüht und eine Zone der Glückseligkeit schafft. Wir könnten Bänke vertragen, auf denen man wirklich bequem sitzt – und bequem meint: mit Rückenlehne und nicht aus einem Drahtgeflecht, das einer unerwünschte Muster in den Hintern drückt. Tische und Bänke wären auf mancher Grünfläche willkommener Treffpunkt für eine kleine Sause mit mitgebrachtem Brot und selbstgekohtem Kaffee (nicht nur während des Lockdowns). Trinkbrunnen könnten uns ersparen, immer mit der obligatorischen Flasche Wasser rumzulaufen. Kurz: Eine Stadt braucht Orte zum Verweilen, die niemanden zwingen, dann auch bitteschön gleich zu konsumieren. Das wäre wahre Liebe. Und: Groß!

Kathrin Gerlof